

nr 2/2012

juridikum

zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft

thema

Commons: Gemeingüter und das Gemeinschaftliche

recht & gesellschaft

Ein Überblick: Die Rechtsstellung undokumentiert Beschäftigter
Die Mär vom Kernbestand der Unionsbürger_innenschaft
Betteln in der Geschichte des Antiziganismus
Der Fiskalpakt als Krisenueuerzählung

Für Context herausgegeben von Ronald Frühwirth, Clemens Kaupa, Ines Rössl
und Joachim Stern

www.verlagoesterreich.at
www.juridikum.at

 VERLAG
ÖSTERREICH

Inhaltsverzeichnis

vor.satz

- 113 Schön ist es ja, aber verboten
Ronald Frühwirth

merk.würdig

- 117 Europa in der Krise
Ines Rössl
- 120 Ganz schön ungemütlich: Feministische Rechtswissenschaft zum Selberlesen
Nora Markard
- 124 Strukturreform der Justiz auf österreichisch
Peter G. Mayr
- 128 Indien: Verbesserter Zugang zu Krebsmedikament durch Zwangslizenz
Kristina Jud
- 132 Sozialversicherungsrechtliche Gleichstellung homosexueller Paare in Mexiko
Juan Jorge Bautista Gómez

recht & gesellschaft

- 134 Die Rechtsstellung von undokumentiert beschäftigten Personen:
Verpackung schön, Inhalt mangelhaft
Johannes Peyrl
- 145 Von der Unionsbürger_innenschaft und ihrem winzigen Kernbestand
Besprechung des EuGH-Urteils Dereci ua
Rosmarie Doblhoff-Dier
- 157 „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.“
Zur historischen und soziologischen Dimension des Bettelns im Antiziganismus
Markus End
- 168 Der Fiskalpakt – Umgehung der „europäischen Verfassung“ und Durchbrechung
demokratischer Verfahren?
Lukas Oberndorfer

thema

- 182 Vorwort: Commons: Gemeingüter und das Gemeinschaftliche
Judith Schacherreiter
- 186 Von der Allmende zu den globalen commons: Eine historische Analyse interdisziplinärer
Annäherungen an die commons
Tine de Moor
- 198 Die historische Allmende als Basis der aktuellen Commons-Debatten?
Allmende in der mitteleuropäischen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Elisabeth Greif/Karin Neuwirth
- 205 Vom Gemeingut zu Eigentum und Ware: Eine Gegenüberstellung rechtlicher
Grundstrukturen der historischen Gemeingüter und des modernen Eigentums
Judith Schacherreiter

- 215 **Wesen und Wirken der Wissensallmende**
Leonhard Dobusch
- 223 **Die venezolanische Comuna: Ein Beitrag zur Vergesellschaftung der Rechtsform?**
Heiner Fechner
- 234 **„Lo común“ und „comunalidad“. Eine alternative Lebensform mexikanischer indigener Gemeinden**
Juan Jorge Bautista Gómez

nach.satz

- 245 **Die neuen Bastarde. Kinder in homosexuellen Partnerschaften.**
Marion Guerrero/Ines Rössl

Impressum

juridikum

zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft
www.juridikum.at, ISSN: 1019-5394

Herausgeber_innen:

Für Context – Verein für freie Studien und brauchbare Informationen (ZVR-Zahl: 499853636) herausgegeben von: Ronald Frühwirth, Clemens Kaupa, Ines Rössl und Joachim Stern

Medieninhaber und Verleger:

Verlag Österreich GmbH
Bäckerstraße 1, 1010 Wien, Tel. 01/610 77
www.verlagoesterreich.at
Abo-Bestellung: +43 1 680 14-0, Fax: -140
E-Mail: order@verlagoesterreich.at
Anzeigenkontakt: Frau Eva Schnell
Tel: +43-1-610 77-220, Fax: +43-1-610 77-419
e.schnell@verlagoesterreich.at
Verlagsredaktion: Mag. Ingrid Faber
i.faber@verlagoesterreich.at

Preis:

Jahresabonnement: Euro 58,-
Abo für Studierende, Erwerbslose,
Zivil- und Präsenzdienere: Euro 25,-
Probebezug: Euro 11,-
Einzelheft: Euro 16,-
(Alle Preise inkl. MWSt, exkl. Versandkosten)
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Redaktion:

Miriam Broucek, Lukas Dvorak, Nina Eckstein, Doris Einwallner, Ronald Frühwirth, Marion Guerrero, Elisabeth Hörtlehner, Clemens Kaupa, Matthias C. Kettemann, Ilse Koza, Andrea Kretschmann, Lukas Oberndorfer, Eva Pentz, Ines Rössl, Judith Schacherreiter, Brian-Christopher Schmidt, Joachim Stern, Alexia Stuefer, Caroline Voithofer, Alice Wagner

Wissenschaftlicher Beirat:

Heinz Barta (Innsbruck), Barbara Beclin (Wien), Katharina Beclin (Wien), Wolfgang Benedek (Graz), Nikolaus Benke (Wien), Alois Birklbauer (Linz), Sonja Buckel (Frankfurt am Main), Ulrike Davy (Bielefeld), Nikolaus Dimmel (Salzburg), Andreas Fischer-Lescano (Bremen), Bernd-Christian Funk (Wien/Linz), Elisabeth Holzleithner (Wien), Eva Kocher (Frankfurt an der Oder), Susanne Krasmann (Hamburg), René Kuppe

(Wien), Nadja Lorenz (Wien), Karin Lukas (Wien), Eva Maria Maier (Wien), Andrea Maihofer (Basel), Ugo Mattei (Turin/Berkeley), Alfred J. Noll (Wien), Heinz Patzelt (Wien), Arno Pilgram (Wien), Ilse Reiter-Zatloukal (Wien), Birgit Sauer (Wien), Oliver Scheiber (Wien), Marianne Schulze (Wien), Alexander Somek (Iowa), Richard Soyer (Wien/Graz), Heinz Steinert † (Frankfurt am Main), Beata Verschraegen (Wien/Bratislava), Ewald Wiederin (Wien), Maria Windhager (Wien), Michaela Windisch-Grätz (Wien), Ingeborg Zerbes (Wien)

Autor_innen dieser Ausgabe:

Juan Jorge Bautista Gómez, Tine de Moor, Rosmarie Doblhoff-Dier, Leonhard Dobusch, Markus End, Heiner Fechner, Ronald Frühwirth, Elisabeth Greif, Marion Guerrero, Kristina Jud, Nora Markard, Peter G. Mayr, Karin Neuwirth, Lukas Oberndorfer, Johannes Peyrl, Ines Rössl, Judith Schacherreiter

Offenlegung

Die Verlag Österreich GmbH, Bäckerstraße 1, 1010 Wien (Geschäftsführer: Dkfm. André Caro) ist eine Tochtergesellschaft der Wissenschaftlichen Verlagsgesellschaft mbH Stuttgart, Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart (Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta, Dr. Klaus G. Brauer) und ist zu 100% Medieninhaber der Zeitschrift juridikum. Der Werktitel „juridikum – zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft“ steht im Eigentum des Vereins „CONTEXT – Verein für freie Studien und brauchbare Information“, Schottenbastei 10–16, A-1010 Wien. Die grundlegende Richtung des juridikum ergibt sich aus den Statuten des Vereins CONTEXT und aus dem Inhalt der veröffentlichten Texte. Erscheinungsort: Wien.

Layout und Satz:

b+R satzstudio, graz
Context ist Mitglied der VAZ (Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften).

Reaktionen, Zuschriften und Manuskripte bitte an die Herausgeber_innen:

Ronald Frühwirth: r.fruehwirth@kocher-bucher.at
Clemens Kaupa: clemens.kaupa@univie.ac.at
Ines Rössl: ines.roessl@univie.ac.at
Joachim Stern: joachim.stern@univie.ac.at

Das juridikum ist ein „peer reviewed journal“.

Europa in der Krise

Ines Rössl

Rezension zu Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 2012, 156 S.

Das Buch „Die EU in der Krise“ ist eigentlich ein Büchlein, kompakt, handlich und überschaubar. Dennoch schafft es in nur sieben Beiträgen eine Bestandsaufnahme Europas in der Krise.

Der Sammelband basiert auf einer Tagung im Herbst 2011, veranstaltet von der „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung“ (AkG). Die AkG wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von SozialwissenschaftlerInnen gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt haben, gesellschaftskritische Theorieansätze weiterzuentwickeln und ihrer Marginalisierung entgegenzuwirken. Dabei versucht die AkG auch wirksam im öffentlichen und politischen Diskurs zu intervenieren. So hat sie im März 2012 einen Aufruf mit dem Titel „Demokratie statt Fiskalpakt! Krisenlösung und Europa gehen nur ganz anders“ initiiert¹, der vielerorts publiziert und auch in andere Sprachen übersetzt wurde. Die Fundierung in kritischen (vornehmlich neo-gramscianischen) Theorieansätzen ist sämtlichen Beiträgen des vorliegenden Bandes gemeinsam, ebenso wie die Frage nach emanzipatorischen Handlungsmöglichkeiten. Ausgangspunkt ist der Befund, dass die EU ein „heterogenes Ensemble von Staatsapparaten“ darstellt, das als „neues Staatsprojekt“ beschrieben werden kann, welches jedoch nicht die Kohärenz eines Nationalstaats besitzt. Denn es gibt „noch keinen hegemonialen Konsens über die Terrains der Auseinandersetzungen“ (*Buckel et al*, 14) – Europa ist also in Bewegung. Doch inwiefern? In welche Richtungen bewegen wir uns? Und im Rahmen welcher Kräfte- und Akteurskonstellationen?

Diesen Fragen widmet sich das Buch „Die EU in der Krise“, und es gelingt ihm dabei ein durchaus bemerkenswerter Überblick, eine Skizze des gegenwärtigen Europas, die unterschiedlichste Aspekte mit einbezieht: Das Buch verschafft Durchsicht im unübersichtlichen Dickicht der derzeit beobachtbaren politischen Interventionen und Meinungen und untersucht die spezifischen Strategien der unterschiedlichen Akteursgruppen in Reaktion auf die Krise (*Buckel/Georgi/Kannankulam/Wissel*); es konstatiert den möglichen Beginn einer „autoritären Wende“, die sich unter anderem daran zeigt, dass die als Krisenlösung präsentierte „Economic Governance“ die vorgeschriebenen rechtlichen

1 <http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org/> (10.5.2012).

Verfahren umgeht (*Oberndorfer*); es fokussiert auf den Status Quo des europäischen Grenzregimes (*Kasperek/Tsianos*); beschäftigt sich mit der Protestbewegung in Spanien (*Cuevas*); analysiert die professionalisierten Einflussnahmen von Eliten-Netzwerken und der Lobbyindustrie auf EU-Institutionen (*Eberhardt*); erinnert an die Bedeutsamkeit von Kolonialismus und Rassismus für das europäische Selbstbild (*Krämer*) und zeichnet die Verschiebungen europäischer Staatlichkeit im Laufe ihrer Geschichte nach (*Wolff*).

Die unterschiedlichen Beiträge ergeben zusammen eine vielstimmige, doch an einem Grundton orientierte „Erzählung“ über unsere heutige Lage, die sich – grob vereinfacht – wie folgt skizzieren ließe: Bisher war das neoliberale Modell und die „wettbewerbsstaatliche Integrationsweise“ von (zumindest passivem) Konsens getragen. Dieser Konsens bröckelt nun angesichts der Krise: Die EU besitzt keine der Krise angemessenen „makroökonomischen Steuerungs- und Ausgleichsmechanismen“ (*Buckel et al*, 30 f), der Neoliberalismus hat an Strahlkraft verloren und aufgrund der allseitigen Sparpolitik kann das Einverständnis der Bevölkerung zu den vorgeschlagenen Krisenlösungen auch nicht mehr mit materiellen Zugeständnissen „gekauft“ werden (vgl. *Oberndorfer*, 49 ff). Obwohl die Krise also vor allem eine Krise des „neoliberalen Projekts“ ist (*Buckel et al*, 30), kommt es zu keiner Abkehr von der herrschenden Politik, wohl aber zu Verschiebungen: Auf der Ebene der politischen Akteure lässt sich beobachten, dass es zu einer verstärkten Unvereinbarkeit verschiedener neoliberaler Strategien kommt - einem „Auseinanderfallen der neoliberalen Akteurskonstellation“ (*Buckel et al*, 13). Es lässt sich noch nicht vorhersehen, welche Allianzen sich im Ringen um gesellschaftliche Deutungshoheit durchsetzen werden, vieles deutet jedoch auf eine Entwicklung in Richtung eines „neoliberal-autoritären Staatsprojekts“ hin (vgl. *Buckel et al*, 13). Bereits jetzt lassen sich auf der Ebene rechtlicher Verfahren autoritäre Tendenzen als Reaktion auf die Krise ausmachen: Die Aufwertung der Exekutive (bei gleichzeitiger Abwertung von Parteien und parlamentarischen Körperschaften) und die systematische Umgehung oder Aussetzung von „Verfahren und Regeln zur Rechtsetzung und Verfassungsänderung“ (*Oberndorfer*, 58ff). Wenn kein Konsens gefunden werden kann (oder nur in einem langwierigen Prozess), wird das angeblich „Notwendige“ notfalls autoritär durchgesetzt. Bei der Frage welche Interessen im Rahmen dieser autoritären Wende vorrangig Berücksichtigung finden werden, stößt man auf grundsätzliche Strukturprobleme der EU: Eine „schwache europäische Bürokratie, [ihre] Offenheit und Abhängigkeit gegenüber Lobbygruppen und [die] Abschottung europäischer Politik von liberaldemokratischen Verfahren“ (*Einleitung der Hrsg*, 7) begünstigen per se ressourcenstarke Akteure gegenüber zivilgesellschaftlichen Interventionsversuchen (*Eberhardt*), wobei die Politik der „Round Tables“ zudem von „weiß-maskulinistischen Eliten-Netzwerken“ (vgl. *Eberhardt*, 117) geprägt ist. Die europäischen Hierarchien besitzen auch eine geographische Dimension: Das Nord-Süd-Gefälle innerhalb der EU artikuliert sich in Form von chauvinistischen Zuschreibungen („der faule Grieche“), in denen sich das (neo-)

koloniale Erbe Europas (vgl. *Krämer*) widerspiegelt (vgl. *Oberndorfer*, 69, *Kasperek/Tsianos*, 88), und in Interessenskonflikten zwischen EU-Nord- und EU-Süd-Staaten im Bereich der Migrations- und Grenzpolitik (vgl. *Kasperek/Tsianos*, 77 ff). Der Krise des Schengenraums, die sich spätestens dann zeigt, wenn einzelne Staaten die Wiedereinführung von Binnengrenzen erwägen, wird mit der Stärkung der Grenzschutzagentur FRONTEX und dem Ausbau der biometrischen Datenbanksysteme begegnet (vgl. *Kasperek/Tsianos*, 83 ff).

Insgesamt zeichnet das Buch also ein düsteres Bild der Kräfteverhältnisse im gegenwärtigen Europa. Welche Möglichkeiten bestehen nun in dieser Situation für emanzipative Projekte? Die Hoffnung auf einen „europäischen Frühling“ zieht sich zwar durch sämtliche Beiträge, doch bleibt es bei einer vagen Hoffnung. Dass die Ausführungen zu diesem Thema eher programmatisch ausfallen, verwundert aber nicht weiter, denn allzu großer Optimismus ist aus Sicht der Buch-AutorInnen angesichts des harten Windes, der emanzipativen Projekten entgegenweht, nicht angebracht. Die Hände in die Hosentaschen zu stecken und zuzuschauen, wie „die Überreste liberaler und sozialer Demokratie in Europa“ (*Einleitung der Hrsg*, 7) abgeschafft werden, geht – da sind sich die AutorInnen einig – trotzdem nicht. Und wenn außerparlamentarische Oppositionsbewegungen entstehen (vgl. *Cuevas*), wenn die Menschen in den Metropolen protestierend auf die Straßen gehen und damit eine „leere Diskursposition“ erobern, die da lautet „Wir, die Menschen in Europa“ (*Oberndorfer*, 69), dann darf man doch zumindest hoffen. „Europäischer Frühling“ klingt außerdem so schön und sät einen Hauch Romantik in ein ansonsten sehr nüchternes Buch.